

Streit, Manfred E.

**Article — Digitized Version**

## Anpassungsverhalten ökonomischer Systeme

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Streit, Manfred E. (1981) : Anpassungsverhalten ökonomischer Systeme, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 61, Iss. 10, pp. 515-520

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135613>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Anpassungsverhalten ökonomischer Systeme

Manfred E. Streit, Florenz

**Während des vergangenen Jahrzehnts und auch zu Beginn der achtziger Jahre erwiesen sich die Rezepturen der Nachfragersteuerung zunehmend als unbrauchbar, um die hartnäckigen Beschäftigungs- und Wachstumsprobleme zu lösen. Hieraus, aber auch aus den schweren Schocks, die von den Rohstoffmärkten ausgingen, resultierte ein wachsendes Interesse an der Angebotsseite ökonomischer Systeme und ihrer Anpassungsfähigkeit. Wie steht es heute um die Anpassungsfähigkeit ökonomischer Systeme?**

Im internationalen Rahmen mehren sich wirtschaftspolitische Empfehlungen<sup>1</sup> wie diejenigen des McCracken-Berichts, wonach entschlossene staatliche Anstrengungen erforderlich seien, um über eine Beseitigung von Hemmnissen und Rigiditäten sowie eine Förderung von Wettbewerb und Mobilität die Wirksamkeit makropolitischen Instrumente zu erhöhen und einen wesentlichen Beitrag zur Stabilität und zum Wachstum zu leisten<sup>2</sup>. Ähnlich kommt der Interfutures-Bericht der OECD zu dem Schluß, daß die Anpassungsfähigkeit entwickelter Volkswirtschaften zurückgegangen ist. Dies wird auf zwei Ursachen zurückgeführt: die bewußte Realisierung legitimer sozialer Zielsetzungen und die unbewußte Anhäufung ineffizienter Institutionen, Verfahrensweisen und Regeln<sup>3</sup>.

Hinsichtlich der staatlichen Interventionen wird in einer wachsenden Zahl von Analysen<sup>4</sup> ein Phänomen betont, das zumindest für einen Teil der deutschsprachigen wirtschaftspolitischen Diskussion keineswegs neu ist: die negativen Nebenwirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen auf die Anpassungsfähigkeit des ökonomischen Systems. Allerdings wurden entsprechende Mahnungen auch hierzulande häufig verdrängt. Als Erklärungen hierfür kommen in Betracht: erstens eine einseitige makroökonomische Orientierung, die die marktmäßige Koordination mit ihren Stärken und Schwächen als gegeben betrachtete, und zweitens ein interventionistisches Verständnis des sogenannten Marktversagens. Das Versagen wurde meist am Nirwa-

na eines ideal funktionierenden Allokationsmodells gemessen und diente lediglich dazu, weitere kompensatorische Interventionen zu befürworten. Dabei blieb häufig unberücksichtigt, wie sich neue und alte Interventionen zusammengenommen auf die marktmäßige Koordination auswirken und was aus wohlgemeinten Interventionsvorschlägen im Verlaufe des politischen Willensbildungsprozesses werden kann.

Ebenfalls zu wenig Beachtung fand die Tatsache, daß die volkswirtschaftliche Koordinationsleistung das Ergebnis eines Informationsprozesses ist, in den Märkte, aber auch Bürokratien eingeschaltet sind, daß sich beide Systemarten unterschiedlicher Informationsverfahren bedienen und daß diese Verfahren gekoppelt werden müssen. Vor allem aber wurde vernachlässigt, daß die Kapazität der Informationssysteme begrenzt ist. Für die Wirtschaftspolitik ergibt sich daraus nicht zuletzt die Gefahr, daß eine Häufung von Interventionen zusammen mit anderen Datenänderungen, an die sich der Marktbereich anpassen soll, dort zu einem Zuviel der Information führt mit entsprechenden Effizienzverlusten für die Interventionen. Die unbefriedigende Wirkung der teilweise hektischen konjunkturpolitischen Aktivitäten in den siebziger Jahren legt als einen Erklärungsgrund auch ein Zuviel der Information nahe, vor allem wenn sie zusammen mit den politischen Reformvorhaben und

<sup>1</sup> Als deutscher Beitrag zu dieser Diskussion sei besonders verwiesen auf das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft: Staatliche Interventionen in einer Marktwirtschaft, Göttingen 1979.

<sup>2</sup> OECD: Towards Full Employment and Price Stability – Summary of a report to the OECD by a group of independent experts, Paris, June 1977, S. 44.

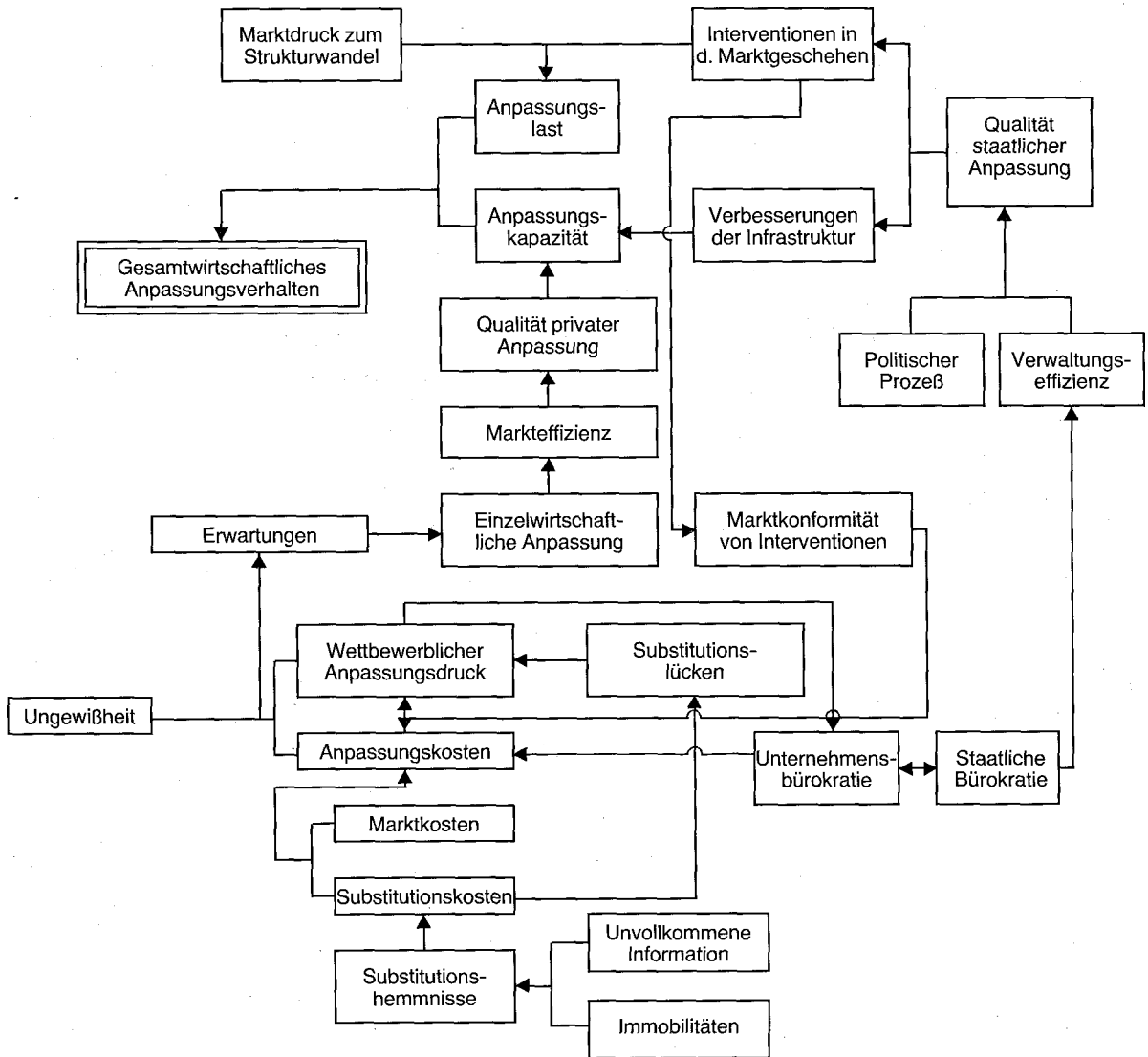
<sup>3</sup> Interfutures: Facing the Future – Mastering the probable and managing the unpredictable, OECD, Paris 1979, S. 161.

<sup>4</sup> Neben den genannten Arbeiten gehört dazu auch die weitgespannte Analyse der amerikanischen Wirtschaftsentwicklung durch das National Bureau of Economic Research (M. Feldstein (Hrsg.): The American Economy in Transition, Chicago und London 1980).

---

*Prof. Dr. Manfred E. Streit, 42, lehrt seit 1971 Wirtschaftspolitik an der Universität Mannheim. Von dort beurlaubt, ist er zur Zeit Mitglied der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung des Europäischen Hochschulinstituts, Florenz.*

Für das Anpassungsverhalten relevante Zusammenhänge



den übrigen ökonomischen Datenänderungen gesehen werden.

Im folgenden soll versucht werden, das Anpassungsproblem unter Berücksichtigung des notwendigen Zusammenwirkens von marktmäßig und hierarchisch koordinierten Systemen sowie der dazu erforderlichen Informationsprozesse zu systematisieren<sup>5</sup>. Dabei wird das Anpassungsverhalten eines ökonomischen Systems, das sich u. a. in seinem Beschäftigungs- und Expansionspfad niederschlägt, als das Ergebnis zweier Komponenten angesehen, der Anpassungslast und der Anpassungskapazität (vgl. die Abbildung). Anpass-

ungsschwierigkeiten können daher ihre Ursache in erhöhten Anpassungslasten haben, in einer verminderten Anpassungskapazität oder in einer Kombination beider Faktoren.

Die Anpassungslast

Für den marktmäßig koordinierten Bereich einer Volkswirtschaft können zumindest gedanklich zwei Komponenten der Anpassungslast unterschieden werden: Marktdruck zum Strukturwandel und wirtschaftspolitische Interventionen. Die erste Komponente besteht aus dauerhaften intersektoralen und interregionalen Verschiebungen von Nachfrage- und Angebotsrelationen. Die davon ausgehenden Marktsignale unterscheiden sich jedoch nicht immer von denen, die durch Interventionen ausgelöst werden. Als Beispiel mögen

<sup>5</sup> Eine breitere Darstellung einschließlich der daraus folgenden Probleme für die Nachfragesteuerung sowie eine kritische Betrachtung von weiteren Bereichen der Wirtschaftspolitik aus dieser Perspektive gibt der Verfasser in: Demand Management and Catallaxy – Reflections on a Poor Policy Record, ORDO, 32 (1981).

die während der sechziger Jahre durch eine unterbewertete Währung verfälschten außenwirtschaftlichen Signale gelten. Ein wesentlicher Unterschied derart manipulierter Signale im Vergleich zum nicht manipulierten Strukturwandel stellt sich jedoch in der Regel ein, wenn diese unter dem Druck ausgelöster Allokationsverzerrungen revidiert werden müssen. Meist geschieht dies ruckartig, während der nicht manipulierte Strukturwandel wesentlich stetiger verläuft.

Als Teil der Anpassungslast müssen grundsätzlich alle wirtschaftspolitischen Interventionen gelten. Das mag vielleicht insofern überraschen, als damit auch solche Interventionen einbezogen werden, die geeignet sind, die Anpassungskapazität des Marktbereichs zu erhöhen. Jedoch sind zunächst auch diese Maßnahmen Teil der Anpassungslast, ehe sie ihre nur noch positiven Wirkungen auf die Anpassungskapazität zeitigen. Typische Maßnahmen dieser Art wie die Aufhebung von Preis- und Lohnkontrollen, Liberalisierungen im Außenhandel, die Aufhebung privater Wettbewerbsbeschränkungen u. a. m. bedeuten nicht nur, daß Chancen durch neue Marktbedingungen geschaffen werden, sondern auch, daß den bislang durch Marktunvollkommenheiten Begünstigten eine Anpassung an ihre so veränderte ökonomische Umwelt abverlangt wird.

#### **Anpassungskapazität und Markteffizienz**

Die Anpassungsmöglichkeiten ökonomischer Systeme an Änderungen der Wirtschaftsbedingungen sind begrenzt, weil knappe physische Ressourcen, aber auch Zeit aufgewendet werden müssen,

- um anpassungsrelevante Informationen zu empfangen bzw. zu beschaffen und auszuwerten;
- um über Anpassungen an die veränderten Bedingungen zu entscheiden;
- um als notwendig befundene Anpassungen vorzunehmen und um
- diese Anpassungen in das arbeitsteilige System zu signalisieren.

Für den Marktbereich ist von Belang, daß seine Selbststeuerung zugleich einen Informationsprozeß darstellt, über den die wechselseitige Anpassung der arbeitsteilig Wirtschaftenden signalisiert wird. Die Effizienz und die mögliche Überlegenheit des Marktprozesses gegenüber organisierten Informationsprozessen hängen davon ab, in welchem Umfang und mit welcher

Geschwindigkeit es die Marktsignale erlauben, Wissen über ökonomische Bedingungen zu nutzen, das weit verstreut ist und auch bleibt, d. h. inwieweit Marktteilnehmer mit der Prüfung und Verwertung von Marktsignalen das Wissen vieler nutzen können, ohne es jemals erworben zu haben<sup>6</sup>.

Die Markteffizienz und damit die Qualität marktmäßiger Koordination wird von zumindest drei miteinander verknüpften Faktoren beeinflusst:

- den Anpassungskosten und dem wettbewerblichen Anpassungsdruck, die die Häufigkeit und Geschwindigkeit von Marktsignalen beeinflussen;
- dem Zusammenwirken des Marktbereichs (private Bürokratien) mit den verschiedenen Nichtmarktbereichen (staatliche Bürokratien) im Anpassungsprozeß;
- den wirtschaftspolitischen Bemühungen, den marktwirtschaftlichen Prozeß zugunsten bestimmter gewünschter Ergebnisse zu beeinflussen, da diese Bemühungen für Anpassungsvorgänge in der Regel nicht neutral sind.

#### **Die Anpassungskosten**

Anpassung erfolgt stets durch Substitution von Produktionsfaktoren, Gütern und monetären Titeln. Behindert wird die Substitution durch unvollkommene Information über die Substitutionsmöglichkeiten sowie durch Immobilitäten. Zu den Immobilitäten zählen nicht nur solche, die daraus resultieren können, daß den Verwendungszwecken von Ressourcen (z. B. Arbeit) ein Eigenwert beigemessen und deshalb eine andersartige Verwendung als nachteilig empfunden wird. Hinzu kommen die sachlichen, zeitlichen und räumlichen Substitutionshemmnisse, wie sie z. B. bei Produktionsanlagen aus der Unteilbarkeit, Dauerhaftigkeit und Standortgebundenheit resultieren<sup>7</sup>. Die Überwindung von Substitutionshemmnissen verursacht Kosten, woraus sich zwei für eine Anpassung bedeutsame Konsequenzen ableiten lassen:

- Substitutionskosten können einen Anreiz zum Halten von Beständen darstellen, oder sie können den Ressourcen Eigenschaften verleihen, die für Bestände charakteristisch sind; als Folge ergeben sich die für Bestandsanpassungen typischen Probleme.
- Substitutionskosten können zwischen den Marktteilnehmern Substitutionslücken entstehen lassen; damit verringert sich der Wettbewerb zwischen ihnen und als Folge davon auch der Anpassungsdruck.

Der Anreiz zum Halten von Beständen ist mit dem Hinweis auf übliche Lagerhaltungsargumente ebenso leicht zu belegen wie die verstärkten Bestandseigen-

<sup>6</sup> Vgl. F. A. Hayek: *Law, Legislation and Liberty* – Vol. 1: Rules and Order, Chicago, London 1973, S. 15.

<sup>7</sup> Zum Problem der Substitutionskosten und ihren Allokationswirkungen vgl. M. E. Streit: *Theorie der Wirtschaftspolitik*, 2. Auflage, Düsseldorf 1981, Kap. 3 (erscheint in Kürze).

schaften, die den Beschäftigten durch einen erhöhten Kündigungsschutz verliehen werden. Mit der wachsenden Bedeutung des Haltens von Beständen sowie der Kosten ihrer Änderung wächst auch die Bedeutung, die den weiter in der Zukunft liegenden Preisen und Preisrelationen und damit den schwieriger zu bildenden Erwartungen zukommt. Eine positive Wirkung kann in den Fällen erwartet werden, in denen Bestandsänderungen eine Mengenanpassung an kurzlebige Änderungen der Marktlage erlauben, also preisstabilisierende Pufferlagereffekte auftreten.

Die Bestände können sich jedoch auch als wirtschaftspolitisches Hemmnis erweisen, und zwar vor allem bei steigenden Bestandsänderungskosten. Für die Effizienz konjunkturpolitischer Maßnahmen dürften steigende Kosten der Veränderung des Personalbestandes durch einen verstärkten Kündigungsschutz, einen früheren und erhöhten Anspruch auf bezahlten Urlaub u. a. m. besonders schwerwiegend sein. Es ist zu befürchten, daß der Beschäftigungsmultiplikator konjunkturpolitischer Maßnahmen im Vergleich zur früheren Kostensituation zurückgeht. Denn die gleiche Beschäftigungsreaktion wäre einzelwirtschaftlich nur rentabel, wenn erwartet würde, daß der Konjunkturimpuls zu einer länger anhaltenden Nachfragesteigerung führe, die den gestiegenen Personalbestandsänderungskosten entspricht. Ferner dürften sich mit steigenden Bestandsänderungskosten die Bestandsanpassungen an permanente Änderungen von Marktlagen verzögern. Das bedeutet zugleich, daß solche Änderungen mit entsprechenden Verzögerungen durch Preisänderungen, die durch Mengenreaktionen ausgelöst werden, in das arbeitsteilige System hineinsignalisiert werden. Daher kann es verstärkt zu sich häufenden Anpassungsverzögerungen kommen. Die Folge davon wäre eine verstärkte Instabilität des Systems ganz im Sinne der Hicksschen Analyse<sup>8</sup>.

### Die Rolle von Substitutionslücken

Das Entstehen von Substitutionslücken zwischen Wettbewerbern infolge von Substitutionskosten für die Marktgegenseite ist ebenfalls leicht durch den Hinweis auf den Wettbewerbsschutz zu belegen, den z. B. Informationskosten gewähren. Auch die neuerdings betonte Preisstarrheit, die aus traditionellen, unter Umständen persönlichen Beziehungen zwischen Anbietern und Nachfragern resultiert, gehört hierher. Der so entstandene Schutz vor Wettbewerbern erlaubt es, Anpassungen hinauszuschieben. Allerdings kann auf diese Weise das Anpassungsproblem in der Zukunft existenzgefährdende Dimensionen annehmen. Diese Möglichkeit wird gerade in den Sektoren unübersehbar demonstriert, bei

denen der Wettbewerbsdruck zur Anpassung durch wirtschaftspolitische Schutzmaßnahmen (z. B. Handelsbeschränkungen) verringert wurde.

Schließlich ergeben sich Anpassungskosten bei der Realisierung von Substitutionsvorhaben über den Markt. Eine wesentliche Kategorie von solchen Marktkosten<sup>9</sup> entsteht mit der rechtswirksamen Fixierung der Tauschbedingungen durch Anwendung der allgemeinen Regeln des Vertragsrechts auf den speziellen Fall, aber auch aus der Notwendigkeit, besondere öffentlich-rechtliche Vorschriften zu berücksichtigen, an die die Marktfähigkeit eines Tauschobjektes geknüpft sein kann. Weitere Marktkosten sind mit der Qualität der durch ein Tauschobjekt erwerbenden Eigentumsrechte verknüpft. Diese kann vor vollem durch Nutzungsvorschriften und durch Einspruchsmöglichkeiten anderer gemindert sein. Daraus erwachsen für den Eigentümer spezielle Rentabilitätsrisiken, die wiederum die Marktfähigkeit eines Objektes beeinträchtigen. Staatliche Handlungen, die die Marktkosten und damit auch die Anpassungskosten erhöhen, reichen von übermäßigen Normierungen von Tauschobjekten (z. B. Baurecht) über Einschränkungen der Nutzungsmöglichkeiten (z. B. Umweltschutz) bis hin zur schleppenden Behandlung von Einsprüchen Dritter gegen eine Nutzung (z. B. beim Kraftwerksbau). Ihre Folgen und auch die der Ungewißheit über weitere Eingriffe sind am sogenannten Investitionsstau deutlich erkennbar.

### Mängel von Bürokratien

Für das Anpassungsverhalten dürfte ferner von Belang sein, daß ein bislang ständig wachsender Teil ökonomischer Aktivitäten von Bürokratien und großen hierarchisch koordinierten Organisationen übernommen oder maßgeblich beeinflusst wird<sup>10</sup>. Das bedeutet zunächst einmal, daß mehr und mehr Aktivitäten nicht oder nicht unmittelbar dem Effizienztest ausgesetzt sind, den vor allem wettbewerbsintensive Märkte liefern können. Die Schwierigkeiten einer wirksamen Leistungskontrolle der öffentlichen Verwaltung bedürfen keiner weiteren Erläuterung. Ähnliche Probleme können aber auch in größeren Unternehmen beobachtet werden, obgleich sich diese in einem zentralen Punkt von öffentlichen Verwaltungen unterscheiden. Sie sind, wenn auch nur indirekt, der Leistungskontrolle durch die Absatz- und Beschaffungsmärkte ausgesetzt.

<sup>8</sup> Vgl. z. B. J. R. Hicks: Capital and Growth, Oxford 1965, Kap. 7-9.

<sup>9</sup> Grundlegende allokationstheoretische Ausführungen hierzu macht z. B. H. Demsetz: The Exchange and Enforcement of Property Rights, in: Journal of Law and Economics, Bd. 7 (1964), S. 11-26.

<sup>10</sup> Eine knappe, immer noch zutreffende Beschreibung von zentralen Problemen findet sich bei A. Downs: Nonmarket Decision Making - A Theory of Bureaucracy, Bd. 55 (1965), S. 439-446.

Mit ihrem Wachstum und ihrer Diversifikation wird es jedoch zunehmend schwierig, Leistungsschwächen einzelner Abteilungen oder gar Personen zu identifizieren, die das Abschneiden am Markt signalisiert. Hinzu kommt, daß die einzelnen Abteilungen ihre eigene Identität und damit eine Beharrungstendenz entwickeln. Diese veranlaßt dazu, Fehlleistungen wegzuinterpretieren oder zu vertuschen und sich Änderungen zu widersetzen, die ihren Einflußbereich schmälern. Für Unternehmen resultieren daraus Verluste an Anpassungsvermögen und Innovationsfähigkeit, die den vielstrapazierten Größenvorteilen in der Produktion entgegenzusetzen sind. Das mögliche Ergebnis sind Unternehmensstrukturkrisen, die auch in der Bundesrepublik nicht zu den Seltenheiten gehören und die das gesamtwirtschaftliche Anpassungsverhalten mitprägen.

Auch im Informationsaustausch unterscheiden sich hierarchisch koordinierte Systeme von solchen, die über den Markt koordiniert werden. Hier besteht die Gefahr, daß Botschaften auf ihrem Wege von unten nach oben und umgekehrt verstümmelt oder gar unterdrückt werden. Darüber hinaus werden sie aus der Perspektive der jeweiligen Abteilung, die sie passieren müssen, uminterpretiert. Eine Folge vor allem des Größenzwachstums solcher Systeme ist, daß die Entscheidungsträger an der Spitze ein zunehmend verzerrtes Bild der Organisation selbst sowie ihrer (ökonomischen) Umwelt erhalten. Im Falle von Großunternehmen sind Versuche symptomatisch, dieses für sie typische Informationsproblem durch Dezentralisierung und Hinzuziehung von externen Revisoren und Unternehmensberatern zu mildern.

#### **Verlangsamte Informationsverarbeitung**

Diese Mängel von Bürokratien bzw. von großen hierarchisch koordinierten Systemen haben Konsequenzen für ihr Verhalten gegenüber der Umwelt. Vor allem der Informationsaustausch mit ihr wird durch den internen Informationsprozeß geprägt. Öffentliche, aber auch private Verwaltungen kodieren ihre Botschaften nicht bzw. nur unvollständig mittels Preisen, sondern mittels Vorschriften. Diese sind in der Regel inflexibel und haben vor allem die Eigenschaft, sich zu akkumulieren, im Gegensatz zu Marktsignalen, die immer wieder gelöscht werden. Wenn immer aber ein Informationsaustausch mit dem Marktbereich bzw. über den Markt notwendig wird, ist eine „Übersetzung“ der internen Signale unvermeidbar. Im Falle des Informationsaustauschs öffentlicher Verwaltungen mit dem Marktbereich ist der damit verbundene Ressourcenaufwand an dem blühenden Gewerbe entsprechend spezialisierter Berater bzw. der Expansion entsprechender unternehmensinterner Bü-

rokratien erkennbar. Sie spezialisieren sich auf das marktorientierte Entschlüsseln von Verwaltungssignalen wie Steuergesetzen, Bauauflagen und Subventionsvergabevorschriften. Ferner verschlüsseln sie die marktbezogenen Reaktionen wieder, indem sie eine ständig wachsende Flut von Formularen bearbeiten.

Die vermutlichen Folgen, die sich aus dem ständigen Wachstum von Bürokratien für die Anpassungskapazität ergeben, liegen auf der Hand: Die Verarbeitung und Diffusion von Informationen über ökonomisch relevante Datenänderungen wird verlangsamt, erhält Unschärfen und wird trotz des beobachtbaren technischen Fortschritts in der Kommunikations- und Informationsverarbeitungstechnik kostspieliger. Hinzu kommen die bereits angesprochenen Konsequenzen der Beharrungstendenzen, die den Bürokratien eigen sind. Schließlich kann das Allokationsverhalten von Bürokratien einen negativen Demonstrationseffekt auf den Marktbereich bzw. innerhalb von Unternehmen auf marktnähere Bereiche haben. Das gilt vor allem für ihre Praktiken der Einstellung und Beförderung von Arbeitskräften und der Reduktion von Kündigungsrisiken. Derartiges Verhalten vor allem öffentlicher Verwaltungen überträgt sich auf den Marktbereich über den Arbeitsmarkt, wo beide Bereiche miteinander konkurrieren.

#### **Wirtschaftspolitik und Anpassung**

Wirtschaftspolitische Maßnahmen stellen bei weitem nicht nur ein Informationsproblem dar. Vielmehr wird mit ihnen vor allem die Anpassungskapazität beeinflusst. Dies kann einmal durch Anpassungsreaktionen des Staates geschehen, die komplementär zu denen des Marktbereichs sind, also Verbesserungen der materiellen und institutionellen Infrastruktur beinhalten. In der Bundesrepublik deutet die seit längerem rückläufige staatliche Investitionsquote nicht gerade auf eine positiv zu bewertende Qualität staatlicher Anpassung hin.

Schwerer dürfte jedoch das staatliche Handeln wiegen, mit dem das private Anpassungsverhalten und damit die Markteffizienz negativ beeinflusst wurde. Angesprochen ist damit die mangelnde Marktkonformität wirtschaftspolitischen Handelns. Der Einfluß der Marktkonformität auf das Anpassungsverhalten wird durch die Auswirkungen wirtschaftspolitischen Tuns und Unterlassens auf den wettbewerblichen Anpassungsdruck und auf die Anpassungskosten determiniert.

Beispiele für eine Beeinträchtigung des wettbewerblichen Anpassungsdrucks sind<sup>11</sup>:

<sup>11</sup> Eine eingehendere Diskussion wettbewerbs-, struktur- und verteilungspolitischer Fehlleistungen unter Anpassungsgesichtspunkten findet sich z. B. in M. E. S t r e i t : Demand Management and Catallaxy, a.a.O.

- die wettbewerbspolitischen Versäumnisse im Bereich der Fusionskontrolle, des Mißbrauchs von Marktmacht und der Ausnahmereiche des Kartellgesetzes;
- die durch kurzfristiges Besitzstandsdenken geprägte, überwiegend konservierende Strukturpolitik im allgemeinen sowie
- die auch bei Anerkennung der verteilungspolitischen Zielsetzung unnötig marktwidrige Agrarpolitik im besonderen.

Anpassungskostenerhöhend wirken sich z. B. aus:

- bei den Substitutionskosten die allgemeine und selektive Verstärkung des Kündigungsschutzes, die zudem diejenigen benachteiligt, die ihren Arbeitsplatz dennoch verlieren oder erstmals ein Beschäftigungsverhältnis anstreben, sowie die Preisdirigismen im Wohnungsbau und der verschärfte Mieterschutz, die nur denjenigen helfen, die bereits eine Wohnung haben und darüber hinaus den privaten Mietwohnungsbau behindern;
- bei den Marktkosten die Komplikationen und Inkonsistenzen einer kurzatmigen Gesetzgebung im allgemeinen und die Häufung administrativer Hemmnisse, vor allem für Investitionen, im besonderen.

### Durchforstung von Interventionen

Besonders schwerwiegend dürfte sein, daß in der wirtschaftspolitischen Diskussion immer noch die Neigung zu beobachten ist, das unbefriedigende Anpassungsverhalten in Teilbereichen, aber auch insgesamt, unbesehen als Marktversagen zu identifizieren und damit weitere Staatseingriffe zu begründen. Die bereits akkumulierte Interventionslast wird in ihren anpassungshemmenden Wirkungen nicht zuletzt aus dem Blickwinkel von Partikularinteressen verdrängt oder als unverzichtbarer sozialer Besitzstand verteidigt.

Dringend erforderlich wäre demgegenüber eine sorgfältige Durchforstung der über Jahrzehnte angehäuften, zum Teil widersprüchlichen und außerdem kostspieligen Interventionen. Dabei ginge es weder um eine „soziale Demontage“ noch um eine wirtschaftspolitische Hinwendung zum „laissez-faire“. Vielmehr käme es in erster Linie darauf an, offensichtliche Inkonsistenzen zu beheben, Interventionen von nur noch historischer Bedeutung zu beseitigen, die verbleibenden Interventionen einer Kosten-Nutzen-Analyse im Lichte bisheriger Erfahrungen zu unterwerfen und grundsätzlich im Interesse der Verbesserung des Anpassungsverhaltens dem Kriterium der Marktkonformität größeres Gewicht beizumessen.

### Wettbewerbspolitische Neubesinnung

Als zweites zentrales Ergebnis festzuhalten wäre die Empfehlung einer wettbewerbspolitischen Neubesinnung in zweierlei Hinsicht: Erstens ist gegenüber dem beliebten Argument der Effizienzvorteile größerer Unternehmenseinheiten mehr Skepsis geboten. Selbst wenn statische Größenvorteile in der Produktion evident sein sollten, stehen diesen häufig Größennachteile in der Administration mit negativen Folgen für die dynamische Effizienz (Anpassungs- und Innovationsleistung) gegenüber. Zweitens ist die Fusion bzw. der Anschlußkauf durch Großunternehmen als Instrument der Existenzsicherung unter stärkeren Vorbehalt zu stellen. Zu wenig beachtet wird die Gefahr, daß damit der wettbewerbliche Anpassungsdruck gemildert wird. Als Folge davon drohen nötige Anpassungen verzögert zu werden, woraus in der Zukunft nur zu leicht Unternehmensstrukturkrisen werden. Aufgrund der Größe der betroffenen Unternehmen erhalten sie dann verstärkt einen politischen Rang, werden zu einem Subventionsfall und tragen zu einer weiteren Verkrustung der volkswirtschaftlichen Strukturen bei.

**HERAUSGEBER:** HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg (Prof. Dr. Armin Gutowski, Prof. Dr. Hans-Jürgen Schmahl)

**REDAKTION:**

Dr. Otto G. Mayer (Chefredakteur), Dr. Klaus Kwasniewski (Stellvertreter), Dipl.-Vw. Claus Hamann, Helga Lange, Helga Wenke, Dipl.-Vw. Klauspeter Zanzig

**Anschrift der Redaktion:** Neuer Jungfernstieg 21, 2000 Hamburg 36, Tel.: (040) 35 62 306/307

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages Weltarchiv GmbH ist es nicht gestattet, die Zeitschrift oder Teile daraus auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) oder auf eine andere Art zu vervielfältigen. Copyright bei Verlag Weltarchiv GmbH.

**VERTRIEB:**

manager magazin Verlagsgesellschaft mbH, Marketingabteilung, Postfach 11 10 60, 2000 Hamburg 11, Tel.: (040) 30 07 624

**Bezugspreise:** Einzelheft: DM 7,50, Jahresabonnement DM 80,- (Studenten: 40,-)

**VERLAG UND HERSTELLUNG:**

**Verlag Weltarchiv GmbH**, Neuer Jungfernstieg 21, 2000 Hamburg 36, Tel.: (040) 35 62 500

**Anzeigenpreisliste:** Nr. 13 vom 1. 7. 1974

**Erscheinungsweise:** monatlich

**Druck:** Buch- und Offsetdruckerei Wunsch, 8430 Neumarkt/Opf.